



PLATEFORME MIGRATIONS & INTEGRATION

---

Pressemitteilung vom 19.Mai 2015

**„JO“ zum Wahlrecht für Nicht-Luxemburger:**

## **Eine große Herausforderung für echte Demokratie in Luxemburg, eine Sache des Herzens und der Vernunft.**

Weniger als drei Wochen vor dem Referendum über, unter anderem, das Wahlrecht für Nicht-Luxemburger zieht die Plattform Migrations & Intégration, die etwa zwanzig Organisationen und Vereinigungen repräsentiert, Bilanz.

### **Drei Monate Tätigkeit und die weitere Vorgehensweise**

Nach einem ausführlichen Dialog mit den Institutionen haben Delegierte der Plattform an **12 Informationsveranstaltungen, die hauptsächlich von den Integrationskommissionen von 30 Gemeinden aus dem ganzen Land organisiert wurden, teilgenommen.** Veranstaltungen, die häufig auf Initiative der Plattform organisiert wurden. Die Plattform Migrations & Intégration möchte darauf hinweisen, dass sie, um eine ausgeglichene Debatte bemüht, den Organisatoren dieser Veranstaltungen stets vorgeschlagen hat, auch die Vertreter des „NEE“ einzuladen. War dem nicht so, hat sie die Argumente des „NEE“ vorgestellt. Diese Sensibilisierungsarbeit der Öffentlichkeit in den Gemeinden bezüglich des Wahlrechts hatte zur Folge, dass die Vertreter des „NEE“ zahlreiche Gelegenheiten hatten, sich zu äußern.

Die Mitglieder der Plattform waren bei **mehreren öffentlichen Veranstaltungen präsent** und konnten bei Rundtischgesprächen, Radiosendungen (100,7) oder im Fernsehen das Wort ergreifen. Die Plattform nimmt auch an den Informationsversammlungen der Abgeordnetenkammer teil. **Zahlreiche Reportagen und Presseartikel** belegen ihre Aktivitäten zugunsten des „JO“.

Die Plattform hat Informationsbroschüren, Flyer und Aufkleber herausgegeben. Sie hat **„Botschafter“ (ambassadeurs)** rekrutiert, bekannte Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben, Anhänger des „JO“, die sich, alle auf ihre eigene Art und Weise, für das Einwohnerwahlrecht stark machen. Eine Vielzahl an **Persönlichkeiten aus dem**

**Kulturbereich** hat sich, auf Initiative der Plattform, zustimmend geäußert und kurze **Video-Interviews** wurden zwecks einer Verbreitung im Web realisiert.

**Die öffentliche Kampagne wird bis zum Tag vor dem Referendum fortgesetzt.**

Die sozialen Medien spielen – nach Ansicht der Meinungsforschung – eine geringere Rolle bei der Meinungsbildung als häufig angenommen. Weniger als 20 % aller Leute sehen sie als eine Informationsquelle an. Dies verhindert jedoch nicht, dass diese Netzwerke der Ort sind, an dem Meinungen mit unverhohlener verbaler Gewalt zum Ausdruck kommen und wo rationale Argumente zu oft Schmähung und Beschimpfung weichen. Auf ihrer eigenen Facebook-Seite, „JO-Awunnerwahlrecht“, versucht die Plattform, zusammen mit Gleichgesinnten, Stimme von Vernunft und Mäßigung zu sein und rationale Argumente und Gegenargumente vorzubringen.

**Mit dem Herzen abzustimmen, darf kein Hindernis auf dem Weg der Vernunft sein.**

Das Einwohnerwahlrecht ist für viele Menschen mindestens so sehr eine Herzens- wie eine Vernunftsangelegenheit. Zwar bringen die Anhänger des „NEE“ eher emotionale und spekulative Aspekte vor, sie haben aber selten rationale Argumente noch beziehen Position bezüglich der Zusammensetzung des luxemburgischen Wahlvolks. Sie vermeiden sorgfältig jegliche Debatte über das Zahlenverhältnis zwischen Luxemburgern und Nicht-Luxemburgern, über die fehlende Repräsentivität des Wahlvolks, das derzeit das Parlament wählt. Dessen Wahl spiegelt nicht die tatsächliche soziale, wirtschaftliche und kulturelle Diversität unserer Gesellschaft wieder. **Anstatt diese zentrale Frage einer möglichst großen Beteiligung der Bevölkerung am demokratischen Wahlrecht aufzugreifen, lenken sie die Debatte auf ein hypothetisches Risiko des Verschwindens der luxemburgischen Identität und Sprache sowie auf den Zugang zur Nationalität.**

Wir, Befürworter des „JO“, Staatsbürger oder Politiker, müssen Ängste und Befürchtungen ernst nehmen – sofern ihnen eine Berechtigung zugrunde liegt. Manipulations- und populistische Instrumentalisierungsversuche sind leider häufig. **Es besteht also in der Tat das Risiko, dass der so oft beschworene gesellschaftliche Graben tiefer wird. Die Verantwortung hierfür kann man allerdings wohl kaum den Befürwortern einer solidarischen und inklusiven Gesellschaft, wie es die Mitglieder der Plattform sind, zuschreiben.**

**Abwartende Haltung und Mangel an Sichtbarkeit der Politik.**

Auch wenn die öffentlichen Versammlungen für die Anwesenden sinnvoll waren, manche gar fesselnd, waren sie, unabhängig von ihrer Form und Art, selten Publikumserfolge. Ein Tatsache, die wir bedauern und für die eine Ursache sicherlich die abwartende Haltung und der Mangel an Einbringung seitens der politischen Parteien im Laufe der letzten drei Monate ist, eine Haltung, die für die breite Öffentlichkeit schwer verständlich ist. **Wir hoffen, dass die politische Diskussion auf der Zielgerade ergiebiger sein wird.**

Die Plattform ist der Meinung, dass unabhängig vom Resultat des 7. Juni, es **nicht das Ende der Debatte über eine tatsächliche politische Beteiligung der Nicht-Luxemburger sein wird. Eine „Nee“ bedeutet nicht die Lösung des Problems.** Unsere Verfassung braucht in jedem Falle ein „Update“ und leidet an ihrer Ferne zu

unserer Realität. Sie anzupassen und in ihr das Prinzip der **Trennung von Nationalität und Wahlrecht** zu verankern, ist für unser Land eine gerechte und unerlässliche Maßnahme, um ein **unhaltbares demokratisches Defizit abzuschaffen**, welches in einer Demokratie nicht fortbestehen kann, umso weniger als die Debatte um das Wahlrecht in den europäischen Instanzen fortgeführt werden wird.